

## **Pressekonferenz zur Übernahme der Kurkölnischen Landesburg am 12.01.2018**

Zunächst einmal ist festzustellen, dass die SPD Fraktion im Rat der Stadt Kempen der festen Überzeugung ist, dass die Kempener Burg nicht in Privathand gehört. Die Geschichte hat gezeigt, dass jedwede private Nutzung der Burg immer geschadet hat. Eine Nutzung durch einen öffentlichen Träger, egal ob Stadt, Kreis oder Land wäre daher anzustreben. Dabei sehen wir aber keinen akuten zeitnahen Handlungsbedarf.

Die uns hier vorliegende Machbarkeitsstudie ist der dritte Anlauf eine sinnvolle Nutzung für die Burg zu finden, wobei die von der Firma Assmann im Auftrag der Stadt Kempen erstellte Studie eher dazu dienen soll aufzuzeigen, dass eine Übernahme durch die Stadt Kempen zu vermeiden ist. Es werden hier nur Kosten ermittelt und das auf sehr schwammigen und wahrscheinlich nicht haltbaren Annahmen. Das Bemühen darzulegen, dass eine Übernahme mit sehr hohen nicht tragbaren Kosten verbunden ist, ist in jedem Abschnitt des Auftragswerks zu spüren. Hier hat die SPD Fraktion festgestellt, dass beim Projekt Burg nur mit absoluten Zahlen, die im zweistelligen Millionenbereich liegen, gearbeitet wird. Beim Projekt Rathaus, bei dem man ehrlicherweise mit einem Budget von über 20 Millionen rechnen sollte – die Sanierung des Rathauses Buttermarkt gehört in dieses Paket mit hinein – wird nur mit Abschreibungssummen und Zinszahlungen gerechnet, so dass die jährlichen Belastungen unter den Mietzahlungen für ein vergleichbares Objekt liegen.

Die Burg Kempen ist von den jetzt anzugehenden Projekten das einzige Projekt, bei dem mit laufenden Einnahmen durch Mietzahlungen und mit Zuschüssen des Landes gerechnet werden kann. Die Übernahme der Kempener Burg mit der Sanierung von Schulen, oder gar dem Ankauf und der Sanierung der Rathäuser in einen Topf zu werfen und gegeneinander auszuspielen ist von daher unredlich und kann von uns so nicht hingenommen werden.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob das vorliegende Konzept wirklich eine Bürgerburg ist. Die Ergebnisse der ersten Studie, der Studentenwerkstatt, und die Ergebnisse der Markterkundungsforschung des Kreises finden bei der Entscheidungsfindung keinen Platz. Das vorliegende Konzept wurde ohne Beteiligung der Bürgerschaft oder der Politik vom Bürgermeister in Zusammenarbeit mit dem Landrat erstellt. Kann man hier wirklich von einer Bürgerburg sprechen? Unseres Erachtens sollte man die Zeit bis zum Auszug des Kreisarchives nutzen, um ein breites tragfähiges Konzept für die Burg zu erarbeiten. Die Möglichkeit zur Schaffung eines kulturhistorischen Zentrums in Zusammenspiel mit Museum und Burg sollte dabei eine Rolle spielen.

Der Ausverkauf unserer historischen Altstadt scheint in Teilen von Politik und Verwaltung kein Problem mehr zu sein. Wir, die SPD Fraktion sehen die aktuelle Entwicklung mit großer Sorge. Wenn nur noch betriebswirtschaftliche Beweggründe eine Rolle spielen, wird von unserer schönen historischen Altstadt bald nicht mehr bleiben.

Andreas Gareißer  
Fraktionsvorsitzender